

Für Dialog

Patriarch Gregor III. hält nichts von einer militärischen Intervention in Syrien. 5

In Rücklage

Die Eishockeyaner brauchen an der WM nun Schützenhilfe oder einen Effort. 17

Im Streit

Die Umgestaltung des Breitenrainquartiers entzweit das Gewerbe. 19



Mark Knopfler

Der Gitarren Gott über seine Zeit nach den Dire Straits. Und über seine Stirnbänder. 29

Anzeige



Der Bund

AZ 3000 Bern 1

Donnerstag, 7. Mai 2015 – 166. Jahrgang, Nr. 105 – Fr. 3.90 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Heute im «Bund»

Hochwasser Lage am Bielersee bleibt kritisch

Nach den erneuten Regenfällen stieg der Pegel des Bielersees am Nachmittag auf 19 Zentimeter über der Hochwassergrenze. Die Schäden, die in der Schweiz jährlich durch Unwetter entstehen, sind immens. – Seiten 8 und 22

Apple Die Verkaufschefin verdient mehr als CEO Tim Cook

Angela Ahrendts gehört zu den zehn am besten verdienenden Topmanagern in den Vereinigten Staaten. Keine Frau hat einen höheren Lohn. Wieso viele Experten glauben, dass sie jeden Penny wert ist. – Seite 13

Zieglerspital Tschäppät widerspricht Schmidt

Der Berner Gemeinderat habe bezüglich eines Bundesasylzentrums im Zieglerspital noch keinen Entscheid gefällt, sagt Stadtpräsident Alexander Tschäppät. – Seite 21

Christophorus Die Skulptur von Luginbühl kommt zurück nach Bern

Im Herbst soll der Christophorus von Bernhard Luginbühl nach acht Jahren wieder am Bahnhofplatz aufgestellt werden. Zurzeit ist die Plastik in Mötschwil. – Seite 21

Germanwings-Absturz Co-Pilot probte Sinkflug auf dem Hinflug

Der Co-Pilot des abgestürzten Germanwings-Flugs hat Ermittlern zufolge den Autopiloten bereits auf dem Hinflug nach Barcelona mehrfach auf eine zu niedrige Flughöhe eingestellt. – Seite 28

«Berner Woche» Vom Vorort ins Morgenland

Vorort als Denkzentrum: das Berner Tanzfest. - Schleierhafte Atmosphären: das neue Album von Nadja Stoller. - Seiltanz und Rinderbraten: Broadway-Variété. - Wir sind eins: Skip & Die. Entfesselte Erinnerungen: «Im Herr Miller si Reis ins Morgeland». – Seiten 31-35

Meinung & Analyse

«Widerborstigkeit gefällt vor allem aus der Distanz.»

David Hesse zur Rolle der Schweiz als Sehnsuchtsort der Euroskeptiker in Grossbritannien. – Seite 10

Service

Meinungen/Leserbriefe – 10/25
Todesanzeigen/Danksagungen – 14
Börse – 15
Wetter – 25
Kinoprogramm – 26/35
Fernsehen & Radio – 27
Berner Kultur – 34

Schweizer Pharma profitiert von umstrittenen Organspenden

Kontroverse um unethische Organentnahme - umstrittene Rolle von Novartis in China.

David Hesse

Der Schweizer Pharmakonzern Novartis engagiert sich auf neue Weise in der chinesischen Transplantationsmedizin. Wie Firmensprecher Patrick Barth dem «Bund» bestätigt, hat Novartis im März eine Zusammenarbeit mit der Transplantationsabteilung des First Affiliated Hospital der Universität Guangzhou Zhongshan begonnen. «Ziel unseres Engagements ist es, führenden Transplantationszentren dabei zu helfen, die medizinischen Behandlungsstandards zu verbessern.»

Zu verbessern gibt es einiges. Wer in China Transplantationsmedizin betreibt, muss damit rechnen, es mit den Organen exekutierter Häftlinge zu tun zu bekom-

men. Zwar hat Chinas Regierung zu Jahresbeginn versprochen, nur noch freiwillig erfolgte Spenden zu verwenden und die Ausweitung von Hingerichteten einzustellen. Doch Menschenrechtler und Mediziner glauben nicht an eine Praxisänderung. «Hier handelt es sich um eine PR-Kampagne, die naive Westler einlullen soll», sagte etwa der ehemalige kanadische Staatssekretär David Kilgour kürzlich an einer Fachtagung in Bern. Künftig würden Gefangene in China eben als Freiwillige geführt. Die Herkunft der Organe bleibe problematisch.

Der chinesische Markt ist für den Konzern wichtig. Für Amnesty Schweiz wirft das Projekt aber Fragen auf. «Bei solchen Kooperationen gilt: Pharmakonzerne

müssen mit besonderer Sorgfalt handeln», sagt Danièle Gosteli, die Verantwortliche für Wirtschaft und Menschenrechte. Nur über klar eingeforderte Garantien könnten in China tätige Firmen sicherstellen, dass die Organe aus ethisch vertretbarer Quelle stammen.

Ob Novartis solche Garantien hat, ist unklar. Auf die Herkunft der Spenderorgane angesprochen, teilt der Konzern nur mit, man lege grossen Wert auf die Förderung von «Dialog und Ausbildung»: «Mit lokalen Behörden und internationalen Organisationen arbeiten wir daran, die Versorgung mit Organen zu verbessern und die internationalen ethischen Standards zu erfüllen.» Wie erfolgreich diese Bemühungen sind, bleibt offen. – Seite 2

Finales Furioso des FC Barcelona

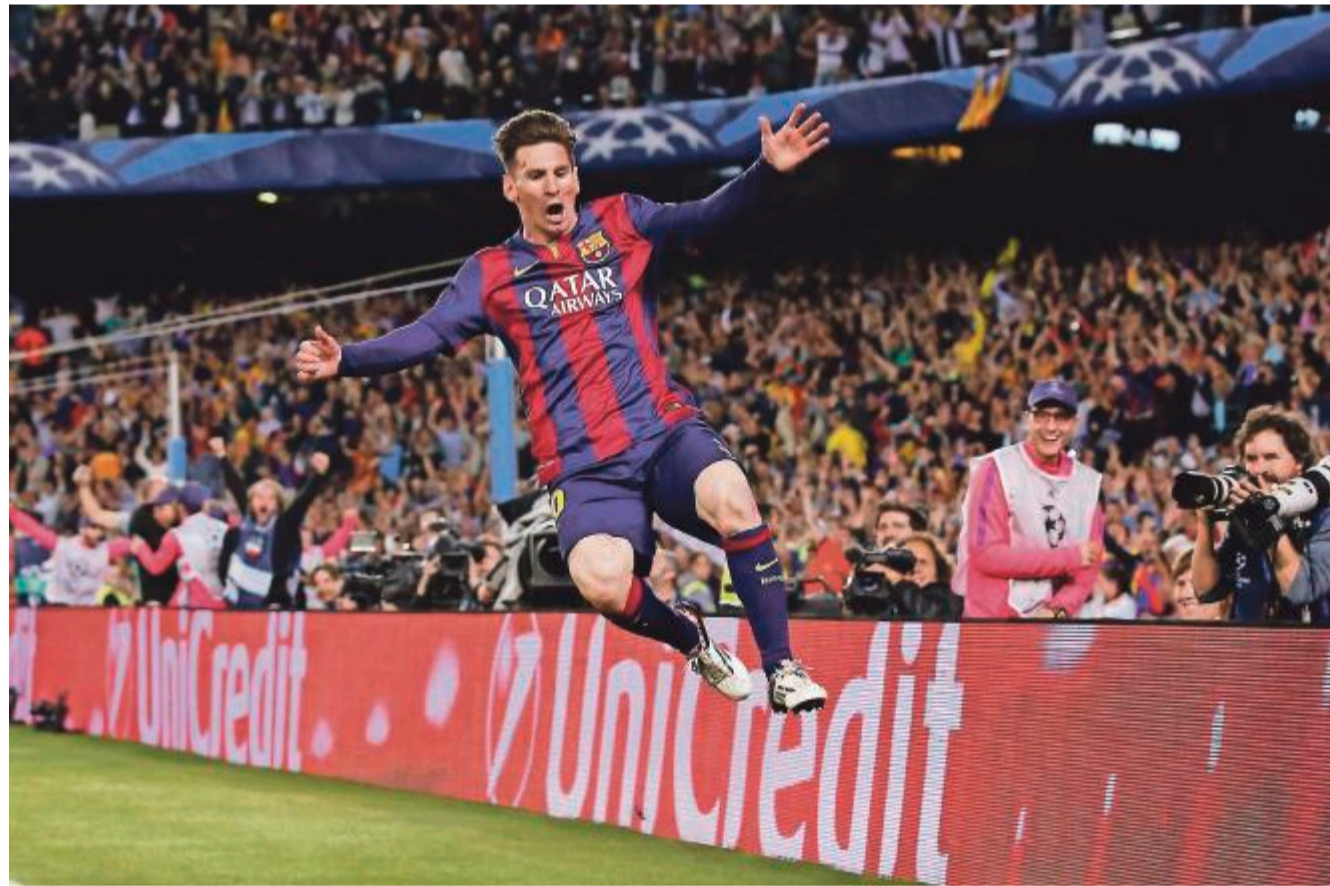


Foto: Gustau Nacarino (Reuters)

77 Minuten hielten die Bayern im Halbfinal-Hinspiel beim FC Barcelona das 0:0. Dann aber sorgten Messi (im Bild) und Neymar für die klare Zäsur. Das 3:0 bedeutet, dass Guardiola mit den Bayern die Champions League wohl wieder nicht gewinnen wird. (atr) – Seite 18

Mehr Schutz für Schweizer Produkte

Wässriger Schinken oder Fruchtsirupe, die kaum Früchte enthalten: Die angeblich minderwertigen Lebensmittel aus der EU sollen wieder aus den Regalen verschwinden. Der Nationalrat hat beschlossen, das sogenannte Cassis-de-Dijon-Prinzip für Lebensmittel aufzuheben. Der vor fünf Jahren eingeführte Abbau von Handelshemmnissen habe wenig bewirkt, wurde argumentiert. – Seite 11

Christa Markwalder bereut ihren Vorstoss für Kasachstan

FDP-Nationalrätin Christa Markwalder gerät wegen eines Vorstosses in Sachen Kasachstan, den sie 2013 eingereicht hat, unter Druck. Die Interpellation kam in Zusammenarbeit mit der Agentur Burson-Marsteller zustande, wie die NZZ gestern berichtete. Auftraggeber war der Chef der kasachischen Partei Ak Schol, die sich im Westen als oppositionell ausgibt, tatsäch-

lich aber regimetreu ist. Burson-Marsteller und der kasachische Parteichef haben am Inhalt des Vorstosses massgeblich mitgewirkt, der Auftrag wurde von Burson-Marsteller mit gut 7000 Franken verrechnet. Der Fall erschüttert das Vertrauen ins Parlament. Sie habe daraus ihre Lehren gezogen, sagt Markwalder im Interview. (br/bzr) Kommentar rechts, Berichte Seite 7

Kommentar

Patrick Feuz

Vergessliche Christa Markwalder

Es passt nicht zur Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder, im Bundeshaus als Marionette eines autokratischen Regimes aufzutreten. Dass sie jetzt genau das getan hat, zeugt wohl eher von Nachlässigkeit als von moralischer Verirrung. Im Bundeshaus einen in Kasachstan redigierten Vorstoss einzureichen, der einen in Genf lebenden Regimekritiker diskreditieren will, das passiert einem Politprofi gewöhnlich nur, wenn er unachtsam seinem Ideologiereflex folgt: Die Freisinnige Markwalder ist einer professionellen Lobbyistin mit gleichem Parteibuch auf den Leim gekrochen und dem Gesäusel eines Kasachen erlegen, der sich als liberaler Oppositioneller und Freund der Wirtschaftsfreiheit ausgab.

Wie leichtfertig Parlamentarier politische Vorstösse unterschreiben, muss irritieren. Dass Lobbys eigene Vorstösse verfassen und über Parlamentarier im Bundeshaus einspeisen, ist hingegen kein Skandal: Parlamentarier sind auf das Fachwissen und die Zahlen von Interessengruppen angewiesen – sonst fehlt ihnen das Material für den politischen Kampf. Linke bringen in der Asylkommission von der Flüchtlingshilfe formulierte Anträge ein. Bürgerliche fechten in der Wirtschaftskommission mit Vorstössen von Economiesuisse. Häufig sind Parlamentarier gleich selber Lobbyisten: im Dienst einer Region, eines Wirtschaftszweigs, einer Umweltorganisation oder einer Gewerkschaft.

Saubere Lobbyisten legen offen, worauf ihre Zahlen und Argumente fussen und wer ihr Auftraggeber ist. So wie im Bundeshaus im Fall Kasachstans lobbyiert wird, schadet die Branche sich selber.

Seriöse Politiker müssen genau wissen wollen, auf wessen Pferd sie setzen – so helfen sie mit, Lobbying aus der Anrühigkeit zu holen. «Einem transparenten Lobbying, das vor allem das Vermitteln von Informationen beinhaltet und gewisse Anliegen auf die politische Agenda setzen kann, wird die Mystik der Verschwörung entzogen.» Das steht in einem Referat von 2006 über Lobbyismus. Gehalten hat es Christa Markwalder.

Anzeige

AUSVERKAUF
bei
CIOLINA
Est. 1853
Bern, Marktgasse 51
www.ciolina.ch

Heute mit «Mietmarkt»
Seite 12

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11 Fax 031 330 36 86 Inserate Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inserate@espacemedia.ch Abonnement Tel. 0844 385 144 (Lokalтарif), Mail: abo@derbund.ch



Schweiz

Der Preis des Lobbyings

Ein Vorstoss von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder im Auftrag einer kasachischen Partei zeigt, dass Parlamentarier die Auftraggeber von Lobbyisten nicht immer kennen.

Markus Brotschi und Felix Schindler

Die Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses kostet die Bundesverwaltung im Schnitt gut 6000 Franken. Gut 7000 Franken hat ein kasachischer Politiker der PR-Agentur Burson-Marsteller für eine Interpellation bezahlt, die die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder im Juni 2013 zum «Demokratisierungsprozess» in Kasachstan einreichte. Dieses Beispiel von Wandelhallen-Lobbying hat gestern die NZZ publik gemacht. Gemäss der Zeitung sind die Fragen Markwalders an den Bundesrat Teil eines PR-Aktionsplans von Burson-Marsteller im Auftrag einer angeblich oppositionellen kasachischen Partei. Faktisch steht die Partei dem autokratischen Regime Kasachstans nahe, wovon Markwalder offenbar ebenso wenig wusste wie davon, dass die Kasachen für den Vorstoss bezahlten.

Der Vorgang war gestern in der Wandelhalle Tagesgespräch. Die meisten Nationalräte räumen ein, dass die Hilfestellung von PR-Agenturen und Verbänden bei der Formulierung von Vorstössen und von Anträgen für Ratsdebatten zum Courant normal gehört. Es sei aber die Pflicht eines Parlamentarierers, die Auftraggeber kritisch zu prüfen, so der Tenor. Dass Markwalder dies nicht tat, sei ein «Lapsus», sagt CVP-Nationalrat Gerhard Pfister. Dennoch glaubt Pfister nicht, dass der Fall der designierten Nationalratspräsidentin für 2016 schaden wird. Das Engagement Markwalders für Demokratisierung und Menschenrechte sei für ihn glaubwürdig. «Der Hauptfehler wurde von Burson-Marsteller begangen», sagt Pfister. Pfister und FDP-Präsident Philipp Müller glauben jedoch, dass ihnen ein ähnlicher Fehler nicht unterlaufen kann, weil sie Vorstösse und Anträge immer selber verfassten.

«Menschenrechte» gestrichen

Die weltweit tätige PR-Agentur schrieb in einer Stellungnahme, die Interpellation sei von Burson-Marsteller «vorbereitet und in Absprache mit dem Kunden entwickelt» worden. Betreut wurde der Auftrag bei Burson-Marsteller von Marie-Louise Baumann, einer altgedienten Lobbyistin und früheren Mitarbeiterin des FDP-Generalsekretariats. Laut NZZ liess der kasachische Kunde, Parteichef Asat Peruaschew, den Begriff «Menschenrechte» aus dem Interpellationstext streichen, weil ihm die Erwähnung der Menschenrechte in Kasachstan schaden könnte. «Wir sind am Aufarbeiten der Fakten», sagt dazu Matthias Graf, CEO von Burson-Marsteller Schweiz. Zum Vorwurf, dass es sich nicht um eine Oppositionspartei handelt, hält Graf fest: «Wir mussten davon ausgehen, dass der Auftraggeber an der Demokratisierung Kasachstans interessiert ist.»

Dass Parlamentarier von Interessenvertretern mit vorgeschriebenen Anträ-



Kollegen verteidigen ihren «Lapsus»: FDP-Nationalrätin Christa Markwalder. Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

gen und Vorstössen bedient werden, sei parlamentarischer Alltag, sagt auch CVP-Präsident Christophe Darbellay. So gingen Economiesuisse, die Gewerkschaften oder Umweltorganisationen vor. «Was Christa Markwalder passierte, könnte jedem von uns passieren.» Darbellay hält Baumann für eine «glaubwürdige» Lobbyistin, die seit Jahren in der Wandelhalle präsent ist.

Lobbying für Kasachstan

Ein weiterer Fall

Zum zweiten Mal in diesem Jahr sorgt das Lobbying im eidgenössischen Parlament für Kasachstan für Aufsehen. Der aktuelle Fall stammt laut NZZ aus der gleichen Quelle, dank der die Zeitung im Januar das Engagement von Ex-Botschafter Thomas Borer für die kasachische Regierung publik machte. Borer schrieb unter anderem an einer Interpellation mit, die SVP-Nationalrat Christian Miesch einreichte. Im aktuellen Fall arbeitete nun Burson-Marsteller mit Christa Markwalder zusammen. Diese wollte in ihrer Interpellation vom Bundesrat wissen, inwiefern die Schweiz den Demokratisierungsprozess in Kasachstan unterstützen könne. (bin)

«Gerade in der Aussenpolitik ist es nicht so einfach, die Qualität mancher Anliegen zu verifizieren», sagt der ehemalige SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner (BS). Rechsteiner ist überzeugt, dass «manch ein Parlamentarier hinters Licht geführt worden wäre, wenn er von einer ehemaligen Parteisekretärin aus seiner eigenen Partei angegangen worden wäre und diese ihre wahren Auftraggeber heimlich hätte».

Baumann hat die Zutrittsberechtigung zur Wandelhalle von FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger. Eichenberger will sich in den nächsten Tagen mit Baumann über den Fall unterhalten. Mit dem Vorstoss von Markwalder habe sie jedoch nichts zu tun, sagt Eichenberger.

SP-Nationalrat Andi Gross glaubt, dass Parlamentarier die Instrumentalisierung durch Lobbyisten verhindern können: «Indem sie ausschliesslich Vorstösse zu Themen einreichen, über die sie selber gründlich Bescheid wissen.» Ausserdem müsse jeder Parlamentarier gegenüber Lobbyisten kritisch bleiben, selbst wenn sie freundschaftlich miteinander verbunden sind. Die Loyalität eines Lobbyisten gelte primär stets dem Auftraggeber und nicht dem Parlamen-

tarier. Für Gross deckt Markwalders Vorstoss «ein strukturelles Problem» der schweizerischen Demokratie auf. Das Milizsystem führe dazu, dass sich Parlamentarier für Zusatzeinkünfte ganz oder teilweise verkaufen.

Parlamentarier unterschreibt

Andreas Hugi, Mitbegründer der PR-Agentur Furrerhugi, will sich zum konkreten Fall nicht äussern. Seine Agentur gehört zu den grossen Playern in der Wandelhalle. Hugi verweist auf den Ehrenkodex der Branche. Dazu gehöre es, dem Gesprächspartner die Auftraggeber und deren Interessen transparent zu machen. «Zudem müssen Zahlen und Fakten stimmen, mit denen Lobbyisten für ein Anliegen werben.» Lobbyisten und Verbände lieferten Parlamentariern Vorlagen, um Vorstösse oder Anträge zu formulieren. «Aber am Schluss muss der Parlamentarier die Vorstösse schreiben und für diese verantwortlich zeichnen.»

PDF Brief von Burson-Marsteller an den Auftraggeber

www.markwalder.derbund.ch

Billag-Gebühren: Rückerstattung scheint chancenlos

Vergangene Woche sorgte ein Bundesgerichtsentscheid für Aufsehen. Die Lausanner Richter kamen zum Schluss, dass die Empfangsgebühr für Radio und TV nicht der Mehrwertsteuer unterstellt sei. Die Gegner der Revision des Radio- und TV-Gesetzes (RTVG) feierten dies als Etappensieg im Kampf gegen die Billag - und die zahlenden Radio- und TV-Konsumenten bekamen unverhofft eine kleine Gebührenreduktion: Ab 1. Mai betragen die Empfangsgebühren statt jährlich 462.40 noch 451.10 Franken.

Merkwürdigerweise liess das Bundesgericht aber die finanziell schwerwiegendere Frage nach der Rückwirkung offen. Immerhin haben alleine im Jahr 2011 2,8 Millionen Privathaushalte fast 30 Millionen Franken zu viel bezahlt. So forderte denn auch der Schweizerische Gewerbeverband, dass die Mehrwertsteuer seit dem Einreichen der Klage vor vier Jahren an alle Haushalte zurückerstattet wird. Dies wird aber politisch wie juristisch kaum durchsetzbar sein. «Ein parlamentarischer Vorstoss würde nichts bringen, da die Gebührenhöhe in der Kompetenz des Bundesrats liegt», sagt Christian Wasserfallen, Berner FDP-Nationalrat und Vizepräsident der Aktion Medienfreiheit. «Wenn schon müsste für diesen Einzelfall das RTVG geändert werden, was sehr lange geht und nicht sinnvoll ist.»

Verzwickte Rechtslage

Ein Experte für Steuerrecht bezeichnet die Rechtslage als verzwickelt: «Die Erfolgchancen, dass die Konsumenten die Mehrwertsteuer rückwirkend erstattet bekommen, ist eher gering.» Denn als das Bundesgericht in einem früheren Fall beurteilen musste, ob Verwaltungsrathonorare mehrwertsteuerpflichtig sind, verneinte es dies zwar und gab dem Kläger recht. Allerdings wurde die Mehrwertsteuer den nicht klagenden Verwaltungsräten nicht zurückerstattet. Zudem sei, so der Steuerrechtler, davon auszugehen, dass die Billag die Mehrwertsteuer ohne Vorbehalt abgerechnet und bezahlt habe. Damit sei diese nicht mehr anfechtbar. «Die Konsumenten müssten wohl zivilrechtlich gegen die Billag vorgehen und geltend machen, diese habe die Mehrwertsteuer zu Unrecht bezahlt und auf sie überwälzt.» Ob ein solcher Zivilprozess erfolgversprechend wäre, erscheine als fraglich. (mso)

Urteil 2C_882/2014

Kurz

Sommaruga bittet in Wien um Unterstützung

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat in Wien um Unterstützung für den Dialog mit der EU erworben. Mit ihrem österreichischen Amtskollegen Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann unterhielt sie sich über die Umsetzung des Verfassungsartikels zur Zuwanderung. In Bezug auf das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU nach der Annahme der Initiative sagte Sommaruga in der Wiener Hofburg: «Dialog ist der einzige Weg.» (sda)

Nationalrat sagt Ja zu EU-Vorstössen von SVP und SP

Der Nationalrat hat gestern über das Verhältnis der Schweiz zur EU gesprochen. Neues förderte die kleine EU-Debatte nicht zutage. Am Ende nahm der Rat einen Vorstoss der SVP und einen der SP an - beides im Einverständnis mit dem Bundesrat. Der Vorstoss der SVP betont die Unabhängigkeit der Schweiz. Der Bundesrat soll der EU darlegen, dass die Schweiz der EU nicht beitreten will. Der Vorstoss der SP rückt die Bedeutung der bilateralen Beziehungen in den Vordergrund. Der Bundesrat soll die Qualität dieser Beziehungen gewährleisten. (sda)

Kanton St. Gallen stimmt erneut über Harnos ab

Im Kanton St. Gallen ist eine Initiative zustande gekommen, die den Austritt aus dem Harnos-Konkordat verlangt. Eigentlich zielt das Komitee «Starke Volksschule St. Gallen» auf den Lehrplan 21. Die Einführung soll verhindert werden. Das St. Galler Stimmvolk hat schon einmal über den Harnos-Beitritt abgestimmt. (sda)

Christa Markwalder

«Ich war in dieser Sache naiv»

FDP-Nationalrätin Christa Markwalder steht wegen ihres Vorstosses in der Kritik.

Interview: Philip Loser

Nehmen wir an, ich hätte 7000 Franken auf der Seite: Würden Sie einen Vorstoss meiner Wahl einreichen?

Ganz sicher nicht. Ich habe erst vom Journalisten erfahren, dass eine Agentur für diese Fragen eine Rechnung in Kasachstan gestellt hat. Ich finde das jenseits! Es ist auch völlig daneben, dass man die Formulierung von Vorstössen mit anderen Staaten abspricht. Mir ging es um die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Kasachstan, darum habe ich die Interpellation eingereicht. Ich habe in keiner Weise davon profitiert, im Gegenteil.

Ist es denn üblich, dass Lobbyisten die Vorstösse formulieren?

Sicher kommt es vor. Aber ich formuliere meine Vorstösse in aller Regel selber. Es sei denn, sie sind das Resultat einer Diskussion in einer Arbeitsgruppe.

Warum haben Sie in diesem Fall die Arbeit der Kommunikationsagentur Burson-Marsteller überlassen?

Ich bin grundsätzlich an guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Kasachstan interessiert. Kasachstan ist Mitglied der schweizerischen Stimmrechtsgruppe in den Bretton-Woods-Institutionen. Das Land ist für die Schweiz von Interesse. Auf Einladung der Kommunikationsagentur habe ich den Chef der liberalen Oppositionspartei kennen gelernt. Er hat uns sein politisches Programm präsentiert, für Wirtschaftsfreiheit, für Menschenrechte und gegen Korruption, das hat mich überzeugt. Zudem wurde mir versichert, dass er ein sauberer Typ sei. Aus diesem Grund war ich einverstanden, als die Kommunikationsagentur mich fragte, ob ich mir eine Inter-

pellation vorstellen könnte. Die Agentur hat vier Fragen vorbereitet, es war als Arbeitserleichterung für mich gedacht.

Wenn Sie Asat Peruaschew gegoogelt hätten, wäre Ihnen aufgefallen, dass seine Partei nicht so oppositionell ist, wie es den Anschein macht.

Inzwischen bin auch ich gescheitert, und Sie dürfen mir vorwerfen, ich sei zu vertrauenselig. Ich war in dieser Sache naiv. Gerade in der Aussenpolitik trifft man aber auf enorm viele Leute, sodass ich nicht jede Person im Voraus durchleuchten kann. Ich kenne die verantwortliche Person der Kommunikationsagentur schon lange und schenkte ihr Vertrauen. Das war ein Fehler. Noch einmal würde ich einen solchen Vorstoss nicht einreichen, schon gar nicht, wenn ich alle Hintergründe kennen würde. Gleichzeitig muss man aber auch die Relationen wahren: Die Interpellation, für die ich nicht einmal Unterschriften gesammelt habe, ist zwei Jahre alt und wurde vom Bundesrat korrekt be-

antwortet. Dass sie heute solche Kreise zieht, ist völlig unverhältnismässig. Und auch nicht ganz fair: Es gibt Leute, die von den Beziehungen zwischen der Schweiz und Kasachstan monetär profitieren. Ich habe keinen einzigen Vorteil aus diesem Vorstoss gezogen.

Die Auftraggeber verlangten, den Begriff «Menschenrechte» aus dem Vorstoss zu streichen. Wussten Sie davon?

Nein. Bei unserem Treffen hat der Chef der Oppositionspartei ja noch explizit auf die Verbesserung der Menschenrechte in Kasachstan gepocht! Wie wichtig mir die Menschenrechte sind, sieht man auch anhand meiner bisherigen politischen Arbeit. Ich habe den Jubiläumsanlass zum 40-Jahr-Jubiläum der Europäischen Menschenrechtskonvention in der Bundesversammlung initiiert und bin Mitglied der parlamentarischen Gruppe Menschenrechte - zu suggerieren, dass mir Menschenrechte egal seien, ist einfach nur absurd.